

3/X 1918

81

Der Volkswirt.

Die finanziellen Interessen Österreich-Ungarns in Bulgarien.

Durch die bulgarischen Vorgänge, die dem bisherigen Verbündeten gegenüber eine ganz neue Lage geschaffen haben, ist die Kaufmarktsamkeit auch auf die finanziellen Beziehungen hingelenkt worden, die zwischen unserer Monarchie und dem so oft mit österreichischem und ungarischem Gelde unterstützten Balkanstaate bestehen. Wiener Institute waren es, die die ersten bulgarischen Anleihen auf den Markt brachten, dann erst folgten Deutschland und Frankreich. Wir halfen Bulgarien bei seinen Investitionen, und nicht nur dem Staate, sondern auch seiner Hauptstadt Sofia. Wir ermöglichten ihm landwirtschaftlichen Kredit, und auch seine Industrie wurde nach Möglichkeit gefördert. Die dem Lande zu Gebote stehenden eigenen finanziellen Mittel haben die Inangriffnahme des Bergbaus bisher nicht gestattet, Bulgarien war nicht imstande, aus eigener Kraft die in seinem Boden schlummernden Schätze zu heben; österreichische, ungarische und deutsche Institute gründeten deshalb im Jahre 1916 eine bulgarisch-nationale Bergwerksgesellschaft. Eine tschechische Bank gründete, allerdings weniger aus wirtschaftlichem, als aus nationalem Interesse, eine bulgarische Zuckerfabrik-Aktiengesellschaft, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß durch diese Gründung eigentlich der österreichisch-ungarischen Zuckerindustrie Konkurrenz gemacht werden würde. Die ungarischen Banken hatten zwar kein Interesse, die Industrie in slawischen Balkanländern zu fördern, aber die geographische Nähe Ungarns brachte es mit sich, daß mehrere ungarische Institute geschäftliche Verbindungen mit Sofia anknüpften. Die Pecker ungarische Kommerzialbank rief die Banque Generale de Bulgarie ins Leben, deren Aktienbesitz sie mit der Banque de Paris teilt, ferner die Allgemeine Hypothekenbank für das Königreich Bulgarien, und seitens der Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft wurde im Jahre 1912 die Bulgarische Bank- und Handelsgesellschaft gegründet. Das erste taten aber doch die Wiener Banken. Obwohl im allgemeinen das österreichisch-ungarische Kapital kein Freund von Anschaffungen ausländischer Wertpapiere ist, haben sich doch verschiedene bulgarischen Effekten Eingang in Österreich zu fester Kapitalsanlage verschafft.

Die Ablieferungspflicht für ausländische in österreichischem Besitz befindliche Papiere, die durch Ministerialverordnung vom 14. Dezember 1916 verfügt wurde, hat ergeben, daß unter den Staaten, aus welchen österreichische Staatsbürger Wertpapiere erworben haben, Bulgarien an dritter Stelle steht. Zuerst kommt Deutschland, dann Amerika, hierauf gleich Bulgarien. Von deutschen Papiere besitzt nämlich Österreich 627 Millionen, von amerikanischen 329 Millionen und von bulgarischen 286 Millionen Kronen. Nach ihnen kommen erst England, Russland, Italien usw. Der französische Papierbesitz Österreichs kommt sogar erst an zehnter, der an schweizerischen Effekten an zwölfter, an holländischen Effekten an sechzehnter Stelle. Im ganzen sind es vierunddreißig Staaten, aus denen Österreich sich Wertpapiere angeschafft haben. Die bulgarischen Papiere repräsentieren mehr als den zehnten Teil des Gesamtbesitzes Österreichs an ausländischen Effekten.

An der Wiener Börse sind von den bulgarischen Papiere zum Verkaufe zugelassen worden: eine alte, die der Balkanische Bank in Sofia, deren Nominalwert 200 Franken in Gold ist, ferner die von der Verkehrsbank eingeführten Pfandbriefe der Bulgarischen Nationalbank und vier Sorten bulgarischer Staatsanleihen, zu denen noch eine vom Staate garantirte Anleihe der Stadt Sofia hinzutrat. Unter den in Wien gehandelten bulgarischen Staatsanleihen ist die mit 6 Prozent verzinsliche Hypothekanleihe im Betrage von 142 Millionen Franken die älteste. Sie wurde von der Länderbank und ihren Sölderten in den Jahren 1892 bis 1902 nach und nach übernommen und ist durch Verlössungen ungefähr zur Hälfte bereits getilgt. Für die pünktliche Verzinsung und Amortisation dieser Anleihe haften wichtige Eisenbahnlinien und die böhmische Baranya und Banat sowie sonst allein Ban-

sicheiten. Falls die bulgarische Regierung juchs Monate lang nicht zahlt, ist die Länderbank als Vertreterin der Obligationenbesitzer berechtigt, den Betrieb der verpfändeten Eisenbahnlinien und Häfen selbst in die Hand zu nehmen und eventuell, wenn die Zahlung zwei Jahre lang nicht erfolgen sollte, zum Verkaufe der Eisenbahnlinien zu schreiten. Die zweite an der Wiener Börse kotierte bulgarische Staatsanleihe ist die Tabakanleihe von 1902, die größtenteils außerhalb unsrer Monarchie untergebracht wurde. Nur ein kleiner Teil gelangte in Wien zur Subskription. Die zwei andern an der Wiener Börse in Umlauf gebrachten bulgarischen Staatsanleihen sind 4½-prozentige Goldanleihen, von denen sich zum größten Teile ebenfalls nicht in österreichischem, sondern in deutschem, französischem, englischem, holländischem, belgischem und schweizerischem Besitz. Was endlich die Stadtanleihe von Sofia betrifft, bei deren Emission die Verkehrsbank und der Mercure beteiligt waren, so umfaßt dieselbe einen Betrag von nicht mehr als 15 Millionen Franken, wovon der größte Teil nach der Schweiz und Belgien abverkauft worden ist.

Noch nicht in den Wiener Börsenverkehr eingeführt ist die teils unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges, teils während desselben von einem deutsch-österreichisch-ungarischen Bankenkonsortium zum Kurse von 84 übernommene 5-prozentige bulgarische Anleihe von 250 Millionen Franken, an der die österreichisch-ungarische Gruppe mit 25 Prozent beteiligt ist. Über die Höhe der weiteren Vorschüsse, die im Laufe des Krieges Bulgarien gewährt worden sind, ist Authentisches nicht bekannt.